



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Nr. 204 / 2013

Verkehr / NOK und Feste Fehmarnbelt-Querung

Kiel, Freitag, 26. April 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christopher Vogt: Chancen müssen genutzt und nicht kaputtgeredet werden

In seiner Rede zu Top 37, 38 und 52 (Resolutionen zum Nord-Ostsee-Kanal und Antrag zur Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbelt-Querung) erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Es ist schon sehr bedauerlich und auch peinlich, dass es über viele Wochen nicht möglich war, eine gemeinsame Resolution zum Nord-Ostsee-Kanal zu verabschieden, obwohl man sich in der Sache weitestgehend einig ist. Die SPD braucht offensichtlich ein Wahlkampfthema, um von der Bilanz der Landesregierung abzulenken. Das ist verständlich! Es wird den Sozialdemokraten nur leider nicht weiterhelfen so zu tun, als hätten sie mit der jahrzehntelangen Vernachlässigung des Kanals durch den Bund nichts zu tun. Denn das Gegenteil ist der Fall!

Eines steht in diesem Zusammenhang fest: So werden wir die norddeutschen Partner nicht überzeugen können, sich mit uns gemeinsam in Berlin für die maritime Infrastruktur einzusetzen.

Wir brauchen mehr Geld für unsere Verkehrsinfrastruktur. Das kann aber nicht nur vom Bund kommen. Auch das Land muss hier etwas tun und darf die eigene Infrastruktur nicht vernachlässigen. Wir dürfen beim Thema Nord-Ostsee-Kanal jetzt nicht locker lassen!

Der Ausbau-Fahrplan für den Nord-Ostsee-Kanal wird uns in den nächsten Jahren 1,4 Milliarden Kosten. Um diese Finanzierung in den nächsten Jahren zu sichern, muss das Land einen Vertrag über den Ausbau mit dem Bund schließen.

Beim Thema Fehmarnbelt-Querung konnten wir uns ja zunächst auf einen gemeinsamen Antrag einigen. Heute legt die Koalition dann – eine Stunde vor der Aufrufung des Punktes – einen neuen Antrag ohne jeglichen Inhalt vor.

Wir fordern in unserem Antrag eine neue angemessene Fehmarnsund-Querung und sprechen uns für den Bau einer zweiten Bahntrasse aus, darüber hinaus benötigen wir eine verbesserte Bürgerbeteiligung. Bereits seit Jahren setzen wir uns für die sogenannte 2+1 Variante ein, die leider nicht Bestandteil des Raumordnungsverfahrens ist. Das Land muss sich jetzt dafür einsetzen, dass diese Trassenvariante vorangetrieben wird. Dass sich jetzt auch Bundesverkehrsminister Ramsauer für die zweite Trasse ausgesprochen hat, ist für die gesamte Region ein positives Signal.

Es ist jedoch schon merkwürdig, dass der Ministerpräsident sich dazu hinreißen lässt, sich respektlos gegenüber den Gegnern des Projektes zu äußern. Wir haben großen Respekt vor Gegnern und ihren Einwänden, was auch in unserem Antrag deutlich wird.

Mit dem heute von der Koalition vorgelegten Antrag dokumentiert diese, dass sie bis heute keine einheitliche Meinung hat und lässt die Menschen in der Region im Regen stehen.

Wir wissen alle, dass der Etat im Bundesministerium für Verkehrsfinanzierung zu gering ist, um alle Kosten für die A20, den Nord-Ostsee-Kanal und die Hinterlandanbindung zu tragen. Daher brauchen wir eine Sonderfinanzierung vom Bund. Wir sollten jetzt unsere Chancen nutzen und sie nicht kaputtreden, wie das der eine oder andere Vertreter der Koalition versucht.“